



Kurzarbeitergeld: Sonderregelungen im Zuge der Corona-Pandemie

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Monaten mittels mehrerer Gesetzespakete Sonderregelungen bei der Kurzarbeit eingeführt, um Beschäftigung zu sichern: Erleichterungen bei Zugang und Voraussetzungen zu Kurzarbeit, Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes sowie eine stufenweise Erhöhung des Kurzarbeitergeldes. Mittlerweile hat die Bundesregierung eine Verlängerung der Regelungen bis Ende 2021 auf den Weg gebracht. Das entsprechende Gesetzgebungsverfahren soll bis Ende November 2020 abgeschlossen sein.

Nachfolgend werden die zentralen aktuellen Sonderregelungen zur Kurzarbeit sowie die seitens des Bundeskabinetts beschlossenen Verlängerungen für 2021 dargestellt. Sobald das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen ist, werden alle Materialien entsprechend überarbeitet.

Dauer des Kurzarbeitergeldbezugs

Die gesetzliche Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld beträgt maximal 12 Monate. Sie kann durch **Rechtsverordnung** des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) auf bis zu 24 Monate verlängert werden. Hiervon hat das BMAS bereits Gebrauch gemacht. Mit der Verordnung über die Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld vom 16. April 2020 wurde die **gesetzliche Bezugsdauer** für das Kurzarbeitergeld für alle Beschäftigten, deren Anspruch auf Kurzarbeitergeld bis **zum 31. Dezember 2019 entstanden ist, auf bis zu 21 Monate verlängert, längstens allerdings bis zum 31. Dezember 2020.**



Mit der Zweiten Verordnung über die Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld soll eine erneute Verlängerung erfolgen. Danach soll die gesetzliche Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld für alle Beschäftigten, deren Anspruch auf Kurzarbeitergeld bis zum 31. Dezember 2020 entstanden ist, **auf bis zu 24 Monate verlängert werden, längstens allerdings bis zum 31. Dezember 2021.**

Das würde bedeuten: Wenn der Anspruch auf Kurzarbeitergeld bis zum 31. Dezember 2020 entstanden und die gesetzliche Bezugsdauer von 12 Monaten aufgebraucht ist, kann die Bezugsdauer verlängert werden, **ohne** dass eine **Wartefrist** eingehalten werden muss, um erneut Kurzarbeit zu beantragen. Und zwar auf bis zu insgesamt 24 Monate, jedoch nur bis zum 31. Dezember 2021. Beschäftigte, die im April 2020 in Kurzarbeit gegangen sind, kommen damit z.B. auf maximal 21 Monate Kurzarbeit.

Erleichterungen bei Kurzarbeit:

Mit der ersten Verordnung zur Änderung der Kurzarbeitergeldverordnung sollen die **erleichterten Zugangsbedingungen** zur Kurzarbeit ebenfalls verlängert werden. Für Betriebe, die bis 31. März 2021 in Kurzarbeit gegangen sind, würden die Erleichterung dann bis 31. Dezember 2021 fortgelten.

Insbesondere:

- ▶ Es reicht, wenn **mindestens 10 Prozent der Beschäftigten** eines Betriebes von einem Arbeitsentgeltausfall von mindestens 10 Prozent betroffen sind.
- ▶ In Betrieben, in denen Vereinbarungen zur Arbeitszeitschwankungen genutzt werden, wird **auf den Aufbau negativer Arbeitszeitkonten** als Voraussetzung für die Gewährung von Kurzarbeitergeld **verzichtet**. Positive Arbeitszeitguthaben müssen dagegen vor Bezug von Kurzarbeitergeld weiterhin abgebaut werden.



Erhöhung des Kurzarbeitergeldes

Mit dem **Gesetz zu sozialen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie** (Sozialschutz-Paket II) **vom 20.5.2020** wurde eine stufenweise Erhöhung des Kurzarbeitergeldes beschlossen: **Ab dem vierten Monat des Bezugs beträgt das Kurzarbeitergeld 70 Prozent (bzw. 77 Prozent mit Kind), ab dem siebten Monat des Bezugs 80 Prozent (bzw. 87 Prozent) der Nettoentgeltdifferenz.** Voraussetzung ist, dass der Entgeltausfall im jeweiligen Bezugsmonat mindestens 50 Prozent beträgt. Für die Berechnung der Bezugsmonate werden **Monate mit Kurzarbeit ab März 2020 berücksichtigt.** Mit dem Beschäftigungssicherungsgesetz sollen diese **Erhöhungen bis zum 31. Dezember 2021 verlängert werden**, für Beschäftigte, deren Anspruch auf Kurzarbeitergeld bis zum 31. März 2021 entstanden ist. Näheres regelt die entsprechende **Weisung der Bundesagentur für Arbeit.**

Das würde bedeuten:

- ▶ Gezählt werden Monate mit Kurzarbeit ab März 2020. Dabei gilt eine beschäftigtenbezogene Betrachtung. D.h. relevant ist die individuelle Dauer des Bezugs von Kurzarbeitergeld.
- ▶ Es zählt jeder Monat mit Kurzarbeitergeldbezug (ab März 2020), unabhängig vom Umfang der Kurzarbeit.
- ▶ Unterbrechungen führen nicht zum "Neustart" der Zählung: D.h. die Monate mit Kurzarbeitergeldbezug müssen nicht zwingend zusammenhängend sein, solange sie im Zeitraum von März 2020 bis Dezember 2021 liegen.
- ▶ Für die Frage der Erhöhung ist aber ein Entgeltausfall von mindestens 50% entscheidend. Dabei genügt es, wenn dieser Ausfall im konkreten ("jeweiligen") Bezugsmonat vorliegt. Dieser Bezugsmonat ist mindestens der 4. bzw. 7. Monat des Bezuges von Kurzarbeitergeld seit März 2020.
 - Beispiel 1: März, April, Mai jeweils Kurzarbeit im Ausfallumfang 10%, Juni 51% = KuG 70% (77%) im Juni
 - Beispiel 2: März, April, Mai jeweils Kurzarbeit im Umfang 10%, Juni 51%, Juli 10%, August 51% = KuG 70% (77%) im Juni und August



Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge

Derzeit werden den Arbeitgebern die während des Kurzarbeitergeldbezugs von ihnen allein zu tragenden **Sozialversicherungsbeiträge** vollständig **durch die Bundesagentur für Arbeit erstattet**. Dies gilt momentan bis zum 31. Dezember 2020. Mit der Ersten Verordnung zur Änderung der Kurzarbeitergeldverordnung soll diese Regelung in modifizierter Weise auch **für das Jahr 2021 verlängert werden**.

Geplant ist:

- ▶ Bis 30. Juni 2021 Fortsetzung der vollständigen Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge.
- ▶ Vom 1. Juli bis 31. Dezember 2021 hälftige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge für Betriebe, die bis Ende Juni 2021 Kurzarbeit eingeführt haben.
- ▶ Daneben gibt es schon jetzt einen Anreiz für Qualifizierung während Kurzarbeit: Hälftige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge für Beschäftigte, die vor dem 31. Juli 2023 Kurzarbeitergeld beziehen und an einer beruflichen Weiterbildungsmaßnahme nach §82 SGB III teilnehmen.

Das bedeutet:

Der Anreiz für eine Verknüpfung von Kurzarbeit und Qualifizierung entfaltet erst nach Auslaufen der vollständigen Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge eine Wirkung. So kann die ab dem 1. Juli 2021 geltende hälftige Erstattung auf 100% erhöht werden, wenn eine Qualifizierung während der Kurzarbeit erfolgt. Zu beachten ist allerdings, dass längst nicht alle Qualifizierungen mit Blick auf die Beitragserstattung berücksichtigungsfähig sind. Die hälftige Erstattung erfolgt nur für Beschäftigte, die an einer Qualifizierung nach §82 SGB III teilnehmen. Nicht berücksichtigt werden damit beispielsweise Qualifizierungen, die nicht nach §82 SGB III förderfähig sind, wie z.B. Techniker, Meister oder Studium sowie auch eigenständig seitens des Arbeitgebers durchgeführte und finanzierte Qualifizierungen.

Kurzarbeit für Leiharbeitskräfte

Mit der Verordnung zur Erleichterung der Kurzarbeit vom 23.3.2020 wurde die **Möglichkeit Leiharbeitsbeschäftigte geschaffen**, Kurzarbeitergeld zu beziehen. Mit der **ersten Verordnung zur Änderung der Kurzarbeitergeldverordnung** soll diese Möglichkeit **bis zum 31. Dezember 2021 verlängert** werden für Verleihbetriebe, die bis zum 31. März 2021 Kurzarbeit eingeführt haben.



Für die **Berechnung des Kurzarbeitergelds für Leiharbeitskräfte** gilt: Angesichts der besonderen Situation von Leiharbeitskräften mit wechselnden Einsätzen und Wechseln zwischen Einsatz- und verleihfreien Zeiten soll abweichend von der üblichen Berechnung für die Ermittlung des Sollentgelts die Anwendung des § 106 Absatz 4 SGB III in Betracht kommen. Danach ist für das **Soll-Entgelt** das Arbeitsentgelt maßgeblich, das der Leiharbeitnehmer/die Leiharbeitnehmerin **in den letzten drei abgerechneten Kalendermonaten vor dem Arbeitsausfall in dem Betrieb durchschnittlich erzielt hat** (siehe Weisung der Bundesagentur für Arbeit).

In der **Praxis** bedeutet dies, dass **einsatzbezogene Entgelte** wie tarifvertragliche Branchenzuschläge, Einsatzzulagen oder betriebliche einsatzbezogene Zulagen, soweit sie steuer- und sozialversicherungspflichtig sind, in die Berechnung einzubeziehen sind und den Anspruch auf **Kurzarbeitergeld erhöhen**.

Hinzuverdienstmöglichkeiten bei Kurzarbeit

Im Rahmen der so genannten Sozialschutz-Pakte wurden die **Hinzuverdienstmöglichkeiten bei Kurzarbeit** verändert. Für die Zeit **bis 31. Dezember 2020** gilt: Von Kurzarbeit betroffene Beschäftigte können erleichtert hinzuverdienen, wenn sie eine Nebenbeschäftigung aufnehmen. Galt dies zunächst nur für Tätigkeiten in so genannten systemrelevanten Bereichen, so wurde dies mit den Sozialschutzpaket II auf Nebenbeschäftigungen in allen Bereichen erweitert. Entgelt aus einer solchen Tätigkeit wird mit dem Kurzarbeitergeld und eventuellem Entgelt aus der Hauptbeschäftigung zusammengerechnet. Alles zusammen darf das für die Berechnung des Kurzarbeitergeldes zugrunde gelegte Bruttoarbeitsentgelt nicht überschreiten. Dies ist in der Regel in etwa das normale monatliche Bruttoarbeitsentgelt. Handelt es sich beim Hinzuverdienst um Arbeitsentgelt aus einer **geringfügigen Beschäftigung** (sogenannte Minijobs) in einer systemrelevanten Branche oder einem systemrelevanten Beruf, bleibt dies bei der Berechnung des Kurzarbeitergeldes unberücksichtigt (siehe Weisung der Bundesagentur für Arbeit).



Mit dem **Beschäftigungssicherungsgesetz** soll diese Regelung in Teilen verlängert werden. In der Zeit **vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021** sollen Entgelte aus einem während der Kurzarbeit aufgenommen **Minijob weiterhin anrechnungsfrei bleiben**. Das heißt, Entgelte aus Minijobs reduzieren nicht das Kurzarbeitergeld.

Sonstiges

Die sonstigen Voraussetzungen zur Inanspruchnahme von Kurzarbeit behalten ihre Gültigkeit.

Welche Agentur ist zuständig?

Zuständig ist die **örtliche Agentur für Arbeit am Betriebsitz**. Arbeitgeber und Betriebsräte können sich entweder direkt in der Arbeitsagentur oder telefonisch unter der allgemeinen **Hotline 0800 45555 20** informieren.

Bewertung

Die IG Metall begrüßt den Beschluss der Bundesregierung, die Regelungen zur Kurzarbeit für 2021 zu verlängern. Dieser entspricht in vielen Punkten den Forderungen der IG Metall, die wir im Rahmen unserer Online-Petition formuliert haben. Insbesondere die Verlängerung der Regelungen zu den erleichterten Zugangsbedingungen, zur Bezugsdauer und Aufzahlung auf das Kurzarbeitergeld sowie die Möglichkeit von Kurzarbeit für Leihbeschäftigte sind wichtige Bausteine, um die Coronakrise zu bewältigen und Beschäftigung zu sichern.



Allerdings besteht auch in einigen Punkten Nachbesserungsbedarf. Dies betrifft insbesondere die getroffenen Fristenregelungen.

Vor allem die Fristenregelung bei der Bezugsdauer führt dazu, dass nur ein begrenzter Teil der Beschäftigten tatsächlich 24 Monate Kurzarbeitergeld erhalten kann (ein Beschäftigter, der im April 2020 in Kurzarbeit gegangen ist, kommt z.B. auf maximal 21 Monate). Das ist angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht sachgerecht: Für das Frühjahr 2021 ist noch keine umfassende Erholung des Arbeitsmarkts zu erwarten. Um nachhaltige Perspektiven und Planungssicherheit zu geben, forderte die IG Metall deshalb eine Ausweitung der verlängerten Bezugsdauer.

Auch bei den Regelungen zur Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge sieht die IG Metall Nachschärfungsbedarf:

Die IG Metall begrüßt grundsätzlich eine Fortführung der Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge. Allerdings sollte dies daran gebunden sein, dass Betriebe betriebsbedingte Kündigungen während der Kurzarbeit ausschließen. Ebenso besteht beim Anreiz zur Verknüpfung von Kurzarbeit und Qualifizierung Nachbesserungsbedarf. Die geplante Regelung, wonach für eine hälftige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge nur Qualifizierungen nach §82 SGB III berücksichtigungsfähig sind, ist deutlich zu eng. Insbesondere „höherwertige Qualifizierungen“, die im Zuge der Transformation eine besondere Relevanz haben, bleiben damit außen vor. Zudem führt die Verknüpfung von Förder- und Leistungsrecht zu aufwendigen Verfahren. In der Folge ist es zweifelhaft, dass der richtige Ansatz, einen Anreiz für Qualifizierung während Kurzarbeit zu setzen, überhaupt Wirkung entfaltet. Hier bedarf es sowohl einer Erweiterung des Spektrums berücksichtigungsfähiger Qualifizierungen als auch einer Vereinfachung der Verfahren.

Die IG Metall setzt sich zudem für weitere Verbesserungen bei der Kurzarbeit ein:

Hierzu gehört, dass aus dem Bezug von Kurzarbeitergeld und Zuschüssen zum Kurzarbeitergeld **keine steuerlichen Nachteile für Beschäftigte entstehen in Form von Steuernachteilen** entstehen dürfen. Hier ist der Gesetzgeber gefragt, mindestens für die Steuerjahre 2020 und 2021 entsprechende Lösungen zu finden.



Die IG Metall setzt sich darüber hinaus **tarif- und betriebspolitisch** dafür ein, dass die Entgelte der Beschäftigten durch Zuzahlung der Arbeitgeber zum Kurzarbeitergeld besser abgesichert werden. So enthält auch das im März 2020 erzielte Tarifergebnis für die Metall- und Elektroindustrie Regelungen zur besseren Absicherung der Nettoentgelte bei Kurzarbeit.

Weiterführendes Material

Gesetzes- und Verordnungsentwürfe zur Verlängerung der Regelungen zur Kurzarbeit in 2021

<https://www.bmas.de/DE/Service/Gesetze/beschaeftigungssicherungsgesetz.html>

Gesetz zu sozialen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie (Sozialschutz-Paket II)

https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav#_bgbl_%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl120s1055.pdf%27%5D_1590651390392

Weisung der Bundesagentur für Arbeit zur Erhöhung des Kurzarbeitergeldes

https://www.arbeitsagentur.de/datei/weisung-202005010_ba146517.pdf

Verordnung der Bundesregierung zur Erleichterung von Kurzarbeit:

https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Gesetze/Referentenentwuerfe/ref-KugV.pdf?__blob=publicationFile&v=2

BA Weisung zur erleichterten Kurzarbeit: Die BA hat entsprechend der neuen Rechtslage eine neue Weisung erlassen. Diese findet sich hier:

<https://www.arbeitsagentur.de/datei/ba146387.pdf>

Hinweis: Die Weisung zur erleichterten Kurzarbeit **regelt ausschließlich die im Kontext von Corona vorgenommenen Änderungen** bei Kurzarbeit und ersetzt die bisherige fachliche Weisung zum Kurzarbeitergeld (vom Dezember 2018) an den entsprechenden Punkten.

Ansonsten bleibt die **bisherige detaillierte fachliche Weisung** bestehen. Diese findet sich hier: https://www.arbeitsagentur.de/datei/dok_ba013530.pdf.

Für die konkrete Arbeit heißt das, dass man **mit beiden Dokumenten arbeiten** muss.



Verordnung des BMAS über die Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld:

https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl120s0801.pdf%27%5D_1587367960744

Ansprechpartnerinnen in der Vorstandsverwaltung der IG Metall

Katharina Grabietz, FB Sozialpolitik, Ressort Allgemeine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik/AGA

Stefanie Janczyk, FB Sozialpolitik, Ressort Allgemeine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik/AGA

Amélie Schummer, FB Sozialpolitik, Ressort Arbeits- und Sozialrecht/ betr. Altersversorgung